

Linke begrüßt Stadtratsbeschluss zum Donauausbau und missbilligt die Aussage des CSU Stadtrats MdB Andreas Scheuer

In der unendlichen Geschichte um den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen hat der Passauer Stadtrat in seiner eindeutigen Befürwortung der ökologisch verträglichen Variante A endlich ein klares wenn auch nicht verbindliches Zeichen gesetzt. In einer außerordentlichen Sitzung des Kreisvorstandes der Linken Passau wurde diese Entscheidung freudig begrüßt. Dieser Beschluss ist deckungsgleich mit einem im Juni 2002 getroffenen Bundestagsbeschluss, dieser wurde mit den Stimmen der Linke gefasst und stellte fest, dass der Bund als Bauherr nur Mittel für einen Ausbau nach der Variante A zur Verfügung stellt. Ausdrückliche Missbilligung fand hingegen der in der PNP vom Mittwoch zitierte Satz des CSU-Abgeordneten Andreas Scheuer: „Es juckt aber sowieso keinen, ob sich der Stadtrat von Passau für die Variante A ausspricht oder nicht.“ Diese Aussage werfe kein gutes Licht auf das Demokratieverständnis dieses Politikers. Es sei schon erstaunlich, mit welcher Leichtfertigkeit und Ignoranz der Stadtrat über Beschlüsse des eigenen Plenums hinweg gehe und diese quasi zum Unsinn erklärt, so der Bundestagsdirektkandidat der Linken Passau Joseph Wandl. Man war sich einig, dass auch Scheuer und seine Partei demokratische Entscheidungen endlich abschließend akzeptieren und damit aufhören sollten, sie immer wieder zu unterlaufen, etwa mit ihrem streben nach einer erneuten variantenunabhängigen Untersuchung des Streckenabschnitts auf EU Ebene. Diese würde den Steuerzahler 33 Mio. Euro kosten. Geld, das in Zeiten der Krise besser den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden sollte. Einhellig wurde festgestellt, dass die Stadt Passau durchaus ein Recht habe, sich als mittelbar betroffen in dieser Sache auf einen Standpunkt festzulegen, auch wenn das dem Volksvertreter Scheuer und anderen CSU Politikern aus naheliegenden Wirtschaftsinteressen ein Dorn im Auge sei. Josef Ilsanker der die Positionen seiner Partei auf der öffentlichen Veranstaltung darstellte forderte dass bei allen zukünftigen Untersuchungen ein transparentes Verfahren gewählt werden muss, eine Grundvoraussetzung sei es deshalb, dass die Rein-Main Donaugesellschaft die zum Teil zum Eon Konzern gehört keine Rolle bei den Untersuchungen spielen darf, schließlich habe Eon das Stromerzeugungsrecht bei Staustufen in diesem Streckenabschnitts.